

Das Laufental tickt anders

Der Kampf um die Bruderholz-Initiative reisst im fünften Amtsbezirk alte Wunden auf

Von Thomas Dähler

Laufen. Wenn die Laufentaler mit dem Bundesgericht drohen, dann wissen sie, wovon sie reden. Schliesslich haben sie die Zugehörigkeit zum Kanton Basel-Land dem Bundesgericht zu verdanken. Es war das Bundesgericht, das 1988 im Laufental eine zweite Abstimmung zum Kantonswechsel angeordnet hatte, die nach einem ausserordentlich heftigen Abstimmungskampf 1994 zum Beitritt des Laufentals zum Kanton Baselland führte. Heute, 23 Jahre später, ist der Bezirk Laufen noch immer kein gewöhnlicher Teil des Baselbiets. Der Abstimmungskampf um die Bruderholz-Initiative führt es wieder einmal drastisch vor Augen: Das Laufental tickt anders. Und seine politischen Vertreter drohen wieder einmal mit dem Bundesgericht, wenn der Kanton Baselland das Spital Laufen zurückstufte und die Notfallstation schliesst.

Für die meisten Laufentaler ist die Bruderholz-Initiative eine Spital-Laufen-Initiative. Ihre Befürworter im Laufental sind der Ansicht, dass sie ein Mittel ist, um den Vertragsbruch des Kantons Baselland in Sachen Spital zu verhindern. Denn im Laufental-Vertrag wird der Bestand des Spitals inklusive Notfallstation «dauernd gewährleistet». An einer Podiumsdiskussion in Laufen liessen die anwesenden Laufentaler Politiker durchblicken, dass sie bei der sich anbahnenden Rückstufung des Spitals den Gang nach Lausanne ins Auge fassen. Doch vorher hoffen sie auf eine Annahme der Initiative, die ihnen als Rettungsanker gerade recht kommt. Immerhin empfehlen sämtliche Laufentaler Gemeindepräsidenten ein Ja zur Initiative. Und auch mehrere Landräte aus dem Laufental sind inzwischen ins Lager der Befürworter übergelaufen – gegen die eigene Wählerschaft lässt es sich schliesslich schlecht politisieren.

Demokratischer Kulturschock

Dass die Laufentaler schlecht auf das Diktat aus Liestal zu sprechen sind, liegt an ihrer Vergangenheit. Der Wechsel vom Kanton Bern zum Kanton Basel-Land war ein demokratischer Kulturschock. Der Kanton Bern hält die Gemeindeautonomie hoch, während



«Dauernd gewährleistet». Der Laufental-Vertrag garantiert den Bestand des Spitals Laufen. Für wie lange? Foto Lucian Hunziker

Basel-Landschaft ein überdurchschnittlich zentralisierter Kanton ist. Das Laufener Feningerspital war wie alle bernischen Spitäler ein Spital, das den Gemeinden gehörte. Die Übernahme und Demontage des Spitals kommt entsprechend ähnlich schlecht an wie schon frühere Zentralisierungsschritte.

In Laufen ist das leerstehende Amtshaus so etwas wie ein Mahnmahl. Der Kanton Baselland hat die dort angesiedelten Dienstleistungen aufgehoben und lässt das 1990 vom Kanton Bern wunderbar renovierte Amtshaus seither vor sich her gammeln. Geschlossen wurde das Amtshaus gegen den Willen der Laufentaler. Mit einer Zweidrittelmehrheit stimmten die Laufentaler 2012 gegen die Schliessung des Gerichts und gegen die Zentralisierung

zivilrechtlicher Institutionen. Die übrigen Baselbieter Bezirke überstimmten damals den Bezirk Laufen gnadenlos.

Nicht vorausgedacht

Dass diese Wunden nicht verheilt sind, wird auch im Kantonsparlament immer wieder deutlich. Baudirektorin Sabine Pegoraro kassierte letztes Jahr an einer Landratsitzung verbale Prügel, als sie rechtfertigen wollte, weshalb mit dem Amtshaus nichts geschehen ist. Die Geduld sei erschöpft, dass der repräsentative Palazzo aus dem 16. Jahrhundert noch immer leer stehe, ereiferte sich Landrat Linard Candreia (SP). CVP-Kollege Marc Scherrer brachte der Magistratin das «herrschende Unbehagen» in Laufen zur Kenntnis, und SVP-Landrat Georges

Thüring meinte nur: «Man muss vorausdenken im Leben.» Mehr vorausgedacht wurde in Liestal seither nicht. In Liestal merkte lange niemand, dass es bei der Abstimmung über die Bruderholz-Initiative auch um Laufen geht.

Dass auch im Kanton Bern die Spitäler inzwischen kantonalisiert und reihenweise auch geschlossen wurden, nimmt in Laufen niemand zur Kenntnis. Dass die Notfallstation Delémont nur 17 Kilometer von Laufen entfernt ist, ebenso wenig. Entsprechend verbissen wird weiter um das eigene Spital gekämpft, was auch immer dies an Steuergeldern kosten wird. Der Kampf jedoch ist aussichtslos. Gegen 70 Prozent Ja aus dem Laufental reichen im Restkanton 53 Prozent Nein, um den fünften Amtsbezirk zu überstimmen.

Noch immer nichts Konkretes über Testergebnisse

Die Baselbieter Windoffensive droht als laues Lüftchen zu enden

Von Kurt Tschan

Liestal. Unbescheiden ist die Baselbieter Regierungsrätin Sabine Pegoraro nicht, wenn es darum geht, energiepolitische Ziele festzulegen. Viel Fortune hat sie dabei aber nicht. So lehnten Ende November 2016 die Baselbieter Stimmbürger die Einführung einer Energieabgabe deutlich ab. Und auch die Windoffensive ist ins Stocken geraten – just zu einer Zeit, wo eigentlich schlechte Nachrichten über die Energiewende verboten sind.

Das theoretische Winderzeugungspotenzial im Baselbiet liess Pegoraro in einer Studie auf 500 Gigawattstunden festlegen. Dies würde einem Viertel des aktuellen Jahres-Endstrombedarfs des Kantons entsprechen. «Eine Strom-Substitution von fünf Prozent in 15 Jahren und eine von zehn Prozent in 25 Jahren» erscheinen demnach der Baselbieter Bau- und Umweltschutzdirektorin im Bereich des Möglichen zu sein.

Rentabel nur mit Subventionen

«Planung und Realisierung von regionalen Windparks stehen deshalb ganz weit oben auf der Projektliste», heisst es in einer Werbebroschüre der Oberbaselbieter Genossenschaft EBL. Das Herzblut der EBL in der Windsache hat handfeste Gründe. Auf rund einen Viertel veranschlagen Branchen-Insider den Subventionsanteil, der notwendig ist, damit in der schwachwindigen Schweiz Anlagen wirtschaftlich betrieben werden können. Und diese sollen im Rahmen der Energiewende denn auch in Form von Abermillionen fliessen.

Ohne staatliche Zuschüsse, abgerechnet über die Stromrechnung der

Privathaushalte, wäre die Windoffensive nur ein unbedeutendes laues Lüftchen, für das kein Unternehmen einen einzigen Franken in die Hand nehmen würde.

Kein Landschaftsschutz mehr

Obwohl in den letzten Monaten und Jahren Windmessungen an verschiedenen Standorten der Region vorgenommen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen erstellt wurden, legen die regionalen Energieversorger EBL, EBM und IWB den Mantel der Verschwiegenheit über die Resultate. Nichts, rein gar nichts soll den Glauben an die Windkraft vor dem schicksalhaften Abstimmungssonntag vom 21. Mai erschüttern.

So viel Wind wie in den politischen Stuben bis jetzt gemacht wurde, scheint es nämlich in Gottes freier Natur nicht zu geben. Die Windmessungen auf dem Schleifenberg auf Liestaler Boden haben nach BaZ-Informationen die Erwartungen nicht erfüllt. Hinter vorgehaltener Hand ist bereits zu hören, dass der Standort für Windenergie ungeeignet sei. Offiziell, so Tobias Andrist von der EBL-Geschäftsleitung, will man dies aber nicht bestätigen. Die Resultate würden gegenwärtig ausgewertet, ist von ihm lediglich zu vernehmen.

«Auch bei der EBM ist kurz vor dem 21. Mai nichts Konkretes über Testergebnisse zu erfahren. Die Elektra Birseck Münchenstein verfolgt konkret drei Projekte an drei verschiedenen Standorten in der Region», sagt EBM-Sprecher Jo Krebs. Diese betreffen Standorte in Muttenz, Meltingen und Liesberg, wobei in Muttenz eine Anlage geplant ist, in Liesberg und Meltingen

sogar drei bis fünf. «Für Muttenz und Liesberg sollte bis Mitte Jahr ein Grundsatzentscheid möglich sein», hält EBM-Sprecher Jo Krebs fest. Warum dieser Grundsatzentscheid nicht einige Tage vorher möglich ist, dürfte direkt auf den Abstimmungskalender abgestimmt sein.

«In Meltingen warten wir auf den Eintrag in den Richtplan», sagt Krebs. Erst dann beginne man mit den Windmessungen. Dies werde offiziell frühestens Ende dieses Jahres der Fall sein und damit ebenfalls zu einem Zeitpunkt, wo nach einem Ja zur Energiestrategie 2050 Einsprachemöglichkeiten von Windkraftgegnern auch in geschützten Regionen wie der Juraschutzzone löchrig werden wie Emmentaler Käse.

Challhöchi mit Riesenturbinen

Das am weitesten gediehene Projekt bei der EBM befindet sich in der Gemeinde Muttenz. «Hier sind die technischen Rahmenbedingungen geklärt», sagt Krebs. Gegenwärtig laufe die Wirtschaftlichkeitsprüfung. Der Entscheid für die Detailplanung, wen erstaunt es, erfolgt «Mitte Jahr», wenn, so die Hoffnung der Windjünger, der Stimmbürger den Freipass für den massiven Zubau von Windenergie in der Schweiz ausgestellt haben wird.

Zumindest im Fall von Liesberg scheinen die Ergebnisse allerdings die Initianten wenig zu begeistern, wie die BaZ weiss. Hinter den Kulissen heisst es, dass sie deshalb noch vertiefter ausgewertet werden müssen.

Die Industriellen Werke Basel (IWB) verfolgen aktuell ein Windparkprojekt auf der Challhöchi. Das Areal liegt auf

dem Gebiet der drei Gemeinden Burg im Leimental, Röschenz und Kleinlützel. «Die Planungen sehen zum jetzigen Zeitpunkt fünf Turbinen mit einer Nabenhöhe von 140 Metern und einem Rotordurchmesser von 120 Metern vor», bestätigt IWB-Sprecher Erik Rummer.

Solothurn muss nachziehen

Die maximale Leistung solcher Turbinen betrage drei Megawatt. Je nach gewähltem Turbinentyp könnten auf der Challhöchi nach dem gegenwärtigen Stand der Planungen jährlich 25 bis 31 Gigawattstunden (25 bis 31 Millionen Kilowattstunden) Strom produziert werden. «Das entspricht rund 17 Prozent des Stromverbrauchs des gesamten Laufentals», betont Rummer.

In der Richtplanung des Kantons Baselland sei das Gebiet nun ausgeschieden, und die notwendigen Anpassungen der Richtplanung im Kanton Solothurn seien auf gutem Weg. «Allerdings sind vor der allfälligen Realisierung des Projekts noch weitere planerische und technische Abklärungen durchzuführen», schränkt der IWB-Sprecher ein.

Dabei handle es sich primär um genehmigungsrechtliche Schritte. «Wir sind zuversichtlich, dass die raumplanerischen Voraussetzungen im Kanton Solothurn geschaffen werden», sagt Rummer. Dafür seien die IWB gemeinsam mit der Gemeinde Kleinlützel mit den zuständigen Behörden im Kontakt. Den abschliessenden Entscheid über die Realisierung des Projekts werde der IWB-Verwaltungsrat treffen. «Wann das sein wird, ist offen.»

Gewählte sass im Wahlbüro

Regierung sieht Mängel bei der Wahl der Sozialhilfebehörde

Aesch/Liestal. Der Baselbieter Regierungsrat lehnt drei identische Stimmrechtsbeschwerden zur Wahl der Sozialhilfebehörde in Aesch vom 25. September 2016 aus formellen Gründen ab. Die bei der Ermittlung des Wahlergebnisses festgestellten Mängel hätten den Regierungsrat aber dazu bewogen, die Wahl um den umstrittenen letzten Sitz im Sinne einer aufsichtsrechtlichen Massnahme aufzuheben, heisst es in einer Mitteilung. Die Gemeinde wird beauftragt, die Wahl für diesen Sitz bis Ende Juni 2017 neu anzusetzen.

Insgesamt waren am 25. September 2016 vier Sitze der Sozialhilfebehörde von Aesch zu wählen. Die Wahl des vierten Sitzes ging knapp aus: Eine Kandidatin erreichte 391 Stimmen und wurde gewählt, ihre Konkurrentin schaffte mit 389 Stimmen die Wahl knapp nicht.

Als Mangel führt der Regierungsrat unter anderem an, dass die gewählte Kandidatin bei der Ermittlung des Ergebnisses im Wahlbüro mitwirkte.

Die Beschwerdeführer hatten eine Nachzählung der knappen Wahl gefordert. Mit dieser Massnahme wären gemäss Regierungsrat die festgestellten Mängel nicht behoben worden. Deshalb habe der Regierungsrat die Beschwerde abgewiesen und habe stattdessen im Rahmen einer aufsichtsrechtlichen Massnahme die teilweise Wahlwiederholung verfügt. pdm

Kino Oris öffnet Ende Mai wieder

Frisch renoviert, moderne Technik und bequeme Fauteuils

Sissach. Das Kino ist zurück: Am 25. Mai wird das Oris wieder eröffnet, neu unter dem Namen Kinooris – und dies gleich mit einem Blockbuster: «Fluch der Karibik V» mit Johnny Depp. Viel werde sich nicht ändern, schreiben die neuen Betreiber in einer Mitteilung. Der Kinosaal sei völlig renoviert worden, die Kinotechnik auf den neusten Stand gebracht, auch für 3-D-Produktionen, und breitere Kinofauteuils installiert worden. Das heisst, mehr Komfort beim Sitzen, dafür etwas weniger Plätze (139 statt 180 wie früher). Noch nicht fertig sind das Mail und die neue Website des Kinos. Reservationen für die Premiere am 25. Mai müssen noch telefonisch verbucht werden. Das neue Kino wird betrieben von Melissa Vogt und Ivo Dekonti. pdm

Nachrichten

Millionenüberschuss in der Bottminger Kasse

Bottmingen. Die Bottminger Gemeindefinanzen stehen nach wie vor gut da, dies zeigen die Zahlen aus dem Rechnungsabschluss 2016: Das Betriebsergebnis schliesst mit einem Plus von 2,32 Millionen Franken ab. Die planmässigen Abschreibungen betragen 1,1 Millionen. Das positive Ergebnis aus der Finanzierung beträgt 0,64 Millionen, womit sich ein Ertragsüberschuss von 2,95 Millionen Franken für das Jahr 2016 ergibt. Zurückzuführen sei das gute Ergebnis vor allem auf Mehreinnahmen an Steuererträgen (Vorjahr) sowie weniger Abschreibungen.

BDP will politische Mitte wieder ins Leben rufen

Liestal. An der letzten Mitgliederversammlung sind die Mitglieder der Empfehlung des Vorstandes gefolgt und haben die strategische und themenbezogene Zusammenarbeit mit den ihnen nahestehenden Parteien CVP (einstimmig), EVP (einstimmig) und GLP (einstimmig) beschlossen. Das Präsidium der BDP Basel-Landschaft habe nun den Auftrag, in einem Gespräch mit den Präsidenten der Parteien CVP, EVP und GLP die Wiedererweckung der Mitte im Baselbiet zu diskutieren und etwaige strategische und themenbezogene Gemeinsamkeiten zu evaluieren, heisst es in einer Mitteilung der Partei.